

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

## AKTUELL

### Privatschulgesetzgebung wird überprüft

(paf) - Die Regierung hat das Schulamts beauftragt, die liechtensteinische Privatschulgesetzgebung zu überprüfen. Mit dieser Überprüfung soll abgeklärt werden, ob und inwieweit die Regelungen, die das Privatschulwesen betreffen, liberalisiert werden können und ob zukünftig auch private alternative Schulangebote subventioniert werden sollen. Dabei sollen die Vor- und Nachteile einer allfälligen Liberalisierung der Privatschulgesetzgebung und ein Vorschlag zu einer Revision der Privatschulgesetzgebung ausgearbeitet werden.

### Botschafter-Akkreditierung

(paf) - S. D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein hat am Montag, 7. November, den Botschafter von Irland, Gearóid Ó Cléirigh, den Botschafter von Mexiko, Luis de Pablo Serna, und den Botschafter des Souveränen Malteser Ritterordens, Baron Gioacchino Malfatti di Montetretto, zur Überreichung der Beglaubigungsschreiben empfangen. Anlässlich der Überreichung der Beglaubigungsschreiben statteten die Botschafter Regierungsrätin Dr. Andrea Willi einen Höflichkeitsbesuch im Regierungsgebäude ab.

### Bundesparlament in Wien trat zusammen

Wien (AP) Einen Monat nach der Parlamentswahl in Österreich hat sich am Montag in Wien der neue Nationalrat konstituiert. Als erster Nationalratspräsident wurde der Sozialdemokrat Heinz Fischer im Amt bestätigt, zweiter Nationalratspräsident wurde der Vertreter der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), der frühere Fraktionsvorsitzende Heinrich Neisser. Als dritter Nationalratspräsident setzte sich Herbert Haupt von der Freiheitlichen Partei (FPÖ) des rechtsorientierten Jörg Haider im ersten Wahlgang gegen seine Mitbewerber von den Grünen und dem Liberalen Forum durch.

### Zusammenarbeit vertieft

Zürich (AP) Die Rentenanstalt als grösste Lebensversicherung und die Schweizerische Mobiliar als führende Sachversicherer vertiefen die Zusammenarbeit. Sie vereinbarten zu diesem Zweck eine 30prozentige Beteiligung am Aktienkapital der Tochtergesellschaften La Suisse und Providentia. Mobiliar und Rentenanstalt wollen mit diesem Schritt nach Angaben der Aufsichtsgremien die seit 1971 bestehende Zusammenarbeit vertiefen und intensivieren.

## Wann liegt die Mehrwertsteuer-Vereinbarung endlich vor?

Die Regierung hat wohl den Vertrag über die Mehrwertsteuer mit der Schweiz unterzeichnet - Die entscheidende Vereinbarung fehlt bisher noch

(G.M.) - Zwei wesentliche Entscheidungen, die das Fürstentum Liechtenstein in diesem Jahr besonders berühren, nämlich die Zollvertragsanpassung mit der Schweiz sowie die Einführung der Mehrwertsteuer, stehen unter einem ungeheuren Zeitdruck. Seit Monaten gibt sich die Regierung zuversichtlich gegenüber der auf konkrete Auskünfte wartenden Öffentlichkeit, dass sich alles schon noch wenden werde. Die ursprünglich auf Mitte Dezember 1994 geplante 2. EWR-Abstimmung musste bereits auf das nächste Jahr verschoben werden, für die Mehrwertsteuer liegt erst das Rahmenabkommen vor, die entscheidende Vereinbarung mit der Regelung der Details fehlt noch.

Schon zu Beginn des bald zu Ende gehenden Jahres gab Regierungschef Dr. Mario Frick seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Sache mit der Mehrwertsteuer bald über die Bühne gebracht werde, damit alle Betroffenen genügend Zeit hätten, sich auf den Übergang von der Warenumsatzsteuer auf die allgemeine Mehrwertsteuer einzustellen. Der in Aussicht genommene Zeitplan konnte nicht eingehalten werden, was den Finanzminister jedoch nicht hinderte, auf

Anfragen im Landtag zur Mehrwertsteuer zuversichtliche Prognosen abzugeben, was die Verhandlungen mit der Schweiz und die anschliessend folgende parlamentarische Behandlung des Vertragswerks betraf.

Die Wahrheit über die Hintergründe des nach langer Wartezeit überstürzten Vorgehens in den letzten Wochen ist zwar noch nicht an die Öffentlichkeit gebracht worden, doch einiges kann doch aus dem Bericht der Regierung an den Landtag herausgelesen werden. Dort heisst es nämlich in bezug auf den Mehrwertsteuer-Staatsvertrag: «In Anbetracht der Kürze der Zeit, welche auf beiden Seiten aufgrund der notwendigen parlamentarischen Befassungen verbleibt, wurde vereinbart, einen Rahmen- bzw. Kompetenzvertrag abzuschliessen. Dieser Vertrag gibt der Regierung des Fürstentums Liechtenstein sowie dem schweizerischen Bundesrat die Kompetenz, eine besondere Vereinbarung zu schliessen, welche die Einführung und Erhebung der Mehrwertsteuer im Fürstentum Liechtenstein mit derjenigen in der Schweiz koordiniert».

Diese Vereinbarung, um deren Inhalt in wesentlichen Punkten offenbar immer noch auf schweizerisch-liechtensteini-

scher Expertenebene gefeilscht wird, liegt noch nicht vor. Dem Landtag mutete die Regierung zu, zuerst das Ausführungsgesetz über die Einführung der Mehrwertsteuer in Behandlung zu ziehen, bevor Abkommen und Vereinbarung vorgelegt wurden. Zwar musste die Regierung von seiten des Landtags Kritik entgegennehmen, doch das Parlament befasste sich dennoch in erster Lesung mit dem umfangreichen Gesetz, obwohl die Abgeordneten dieses komplexe Werk erst rund drei Wochen vor dem Behandlungstermin zum Studium erhalten hatten. «Es mutet sehr sonderbar an», erklärte FDP-Fraktionssprecher Dr. Gabriel Marxer im Verlaufe der Eintretensdebatte, «dass wir im Landtag nun in wirklich ungebührlicher Eile ein Gesetz behandeln, das liechtensteinischerseits die Erfüllung von vertraglich übernommenen Verpflichtungen darstellt, obwohl dieser Vertrag noch nicht einmal unterzeichnet ist».

Um dieser Kritik aus dem Parlament entgegenzuwirken, die letztlich nur die Stimmung in den Wirtschaftskreisen, insbesondere im sensiblen Bereich der Finanzdienstleistungen, wiedergab, erklärte Regierungschef Dr. Mario Frick am 2. November in einem Interview: «Die Ver-

einbarung sollte in dieser, spätestens aber in der nächsten Woche fertig sein». Natürlich habe man gehofft, gab der Regierungschef zu verstehen, der das erste Halbjahr 1994 ohne Verhandlungen auf Regierungsebene mit der Schweiz verstreichen und nur auf Expertenebene verhandeln liess, dass die Vereinbarung bis zur Unterzeichnung des Rahmenvertrags vorliegen werde. Zur Beruhigung gab er zudem vor einer Woche zu verstehen, dass es noch «zwei, drei kleine Punkte» gebe, die bereinigt werden müssten.

Wenn Vertrag und Vereinbarung nicht bis zur nächsten Landtagssitzung vorliegen, die auf den 23./24. November anberaumt ist, dann könnte sich der Landtag erst in der Dezember-Sitzung damit befassen.

Das Mehrwertsteuergesetz würde in diesem Fall erst im kommenden Jahr publiziert werden können, obwohl es - in Übereinstimmung mit der Schweiz - eigentlich auf den 1. Januar 1995 in Kraft treten sollte. «Das ist ein Problem», befand auch Regierungschef Dr. Mario Frick, gab aber zu verstehen: «Falls es so kommt, werden wir uns entsprechende Lösungen ausdenken müssen». Reagieren statt agieren - dies scheint derzeit die oberste Devise zu sein.

## Der Landtag wird kaum im Rathaus in Schaan tagen

Bericht der Regierung mit Varianten zur provisorischen Einmietung des Parlaments in bestehende Bauten sowie für provisorische Bauten

(G.M.) - Die Unterbringung des Landtags schafft seit einiger Zeit Probleme. Zuerst handelte es sich um eine Frage der Grösse des Landtags, nachdem die Sitzzahl von 15 auf 25 erhöht worden war. Dann stimmte die Mehrheit des Volkes gegen die Errichtung des Regierungsviertels - und damit auch gegen die Errichtung eines repräsentativen Landtagsgebäudes in der Nähe des Regierungsgebäudes.

Der Landtag wird aber kaum im neuen Schaaner Rathausaal tagen, obwohl der Schaaner Gemeinderat dem Landtag das Angebot zur Einmietung unterbreitete. Die Regierung ist der Auffassung, dass der Landtag in Vaduz tagen sollte, in der Hauptstadt und am Regierungssitz.

Auch die Burg Gutenberg wurde als Variante für die Unterbringung des Landtags in die Diskussion gebracht. Die Regierung weist in diesem Zusammenhang auf die gleichen Bedenken hin, die sich auch gegenüber dem Standort Schaan hegt. Die Burg Gutenberg scheidet nach Auffassung der Regierung aber auch aus sachlichen Gründen aus, weil die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten nicht für Sitzungen des Landtags geeignet wären.

Mehr über die Unterbringung des Landtags auf Seite 3.



Die Regierung hat sich mit verschiedenen Varianten zur Unterbringung des Landtags befasst und in einem Bericht festgehalten. Ein Standort ausserhalb von Vaduz, beispielsweise im Schaaner Rathausaal, kommt nach Auffassung der Regierung kaum in Frage. (Bild: Beat Schurte)

## Konsumenten sind bei MWST gefordert

Eidg. Steuerverwaltung gegen Mehrwertsteuer-Nepp machtlos

Bern (AP) Die Konsumenten müssen sich selber gegen den Mehrwertsteuer-Nepp wehren. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) kann gegen irreführende Angebote nicht einschreiten, wie ESTV-Direktor Dieter Metzger am Montag in Bern sagte. Er plädierte für die rasche Einführung eines Mehrwertsteuer-Gesetzes.

Cleverer Händler versuchen, den Konsumenten vorzugaukeln, dass ab dem 1. Januar alles 6,5 Prozent teurer wird und dass sich deshalb Anschaffungen noch im alten Jahr lohnen. Die Spitzen der Steuerverwaltung des Bundes machten an einem Pressegespräch acht Wochen vor dem Übergang zur Mehrwertsteuer (MWST) klar, welche Preiserhöhungen gerechtfertigt sind. Für die Konsumenten wird die mehrwertsteuerbedingte Teuerung in der Gastwirtschaft, beim Coiffeur und im öffentlichen Verkehr spürbar sein, wie der Chef der Steuerverwaltung

sagte. Hier müsse mit Erhöhungen von etwa fünf Prozent gerechnet werden, sofern die Marktlage eine Überwälzung gestatte.

Bei den bisher schon durch die Warenumsatzsteuer mit 6,2 Prozent belasteten Gütern dürften sich die Preiserhöhungen bei korrekter Preiskalkulation, die den Vorsteuerabzug einbezieht, in ganz engen Grenzen halten. Unzulässig ist es laut Metzger, «den Anschein zu erwecken, zum bisherigen Preis einschliesslich Wust werde dann noch die Mehrwertsteuer dazugeschlagen». Ähnlich verhalte es sich bei der Preisbildung für Lebensmittel, Bücher und Medikamente, die bisher nicht umsatzsteuerpflichtig gewesen seien, neu aber mit 2,0 Prozent belastet würden. Die Eidgenössische Preiskontrollstelle habe ausgerechnet, dass ein Liter Konsummilch wegen der Mehrwertsteuer höchstens ein Rappen teurer werden dürfte.

## PTT-Werbung stösst auf herbe Kritik

Laut KF und SKS richten sich Produkte bloss an Grosskunden

Bern/Zürich (AP) Die PTT haben eine grossangelegte Werbeaktion zusammen mit einem Software-Giganten lanciert. Da bei der Aktion vorwiegend für die Softwarefirma Werbung betrieben wird, stösst die Aktion bei den Konsumentenverbänden auf Kritik, wie eine AP-Umfrage ergab. Die Produkte richteten sich an Firmen, hingegen müssten die kleinen Kunden für die Kampagne bezahlen, hiess es.

Bei der kritisierten Werbung handelt es sich um einen vor wenigen Tagen lancierten Grossversand an rund 100 000 Privat- und Geschäftsadressen. Die PTT haben der persönlich adressierten Post neben einem Begleitbrief mit PTT-Telecom-Absender eine 32seitige Farbbroschüre im A5-Format der Firma Microsoft, eine Adressliste der Microsoft-Fachhändler in der Schweiz sowie einen Wettbewerb dieser weltweit tätigen Firma.

Die Kleinkundschaft könne aber keine marktwirtschaftliche Auswahl treffen, sondern sei auf das Monopolunternehmen PTT angewiesen. Komme hinzu, dass die Werbeaktion letztlich von der PTT-Kundschaft bezahlt werden müsse.

Für die PTT Telecom ist die Kritik laut Sprecherin Elisabeth Weyermann unverständlich.

Zwar sei die Werbeaktion auf Wunsch des weltweit tätigen Softwareunternehmens Microsoft zustande gekommen, doch sei die Kampagne eine gute Sache, sagte Weyermann. Die Zeit der Videotext-Terminals sei vorbei, und aus diesem Grund wolle sich die PTT Telecom vermehrt für Software-Produkte einsetzen. Die Kosten für den Versand werden laut Weyermann von den PTT getragen, während die Broschüren von der Softwarefirma zur Verfügung gestellt werden.

Ihr  
 Fitness-Center  
 im Waldmühlegg  
**TCB**  
 Training-Center  
 Buchs  
**Solarium - Aktion**  
 bis zum 15. Nov.  
**GRATIS**  
 2 x Solarium bei Kauf eines  
 14er Abos  
 Churerstrasse 35 • Tel. 081/756 03 50